

DIE ZUKUNFTSSTADT IM
PLAUENSCHEN GRUNDE
... MIT VORORTEN ...

Spott-Postkarte zur Gründung der
„Zukunftsstadt im Plauenschen
Grund“, 1911
Städtische Sammlungen Freital

Proletarisch, industriell, protes- tantisch – stadtgeschichtliche Skizzen zur Herausbildung städtischer Strukturen in Freital und zu den ersten Jahren städtischen Bestehens

Juliane Puls

Am 1. Oktober 1921 trat Freital als Stadt in den Lauf der Geschichte ein. Industriell sei sie, auch proletarisch und protestantisch: Die landschaftlich reizvoll am Fuße des Windberges gelegene Kommune wurde während ihres 100-jährigen Bestehens mit unterschiedlichsten Beinamen belegt. Teils bewundernd, teils spöttisch und hinter-sinnig, stellte man dem Stadtnamen allzu oft eine ergänzende Bezeichnung zur Seite, in welcher zu-

meist die Farbe Rot, teils als Ausdruck politischer Ausrichtung, teils mit ökologischem Hintergrund, Anwendung fand. Manches Mal sprach man ausgangs des 20. Jahrhunderts vom „Roten Plauenschen Grund“ und entsprach damit den politischen Interessen seiner proletarischen Einwohner, ein anderes Mal vom „Tal der Arbeit“ in Hinsicht auf die zahllosen industriellen Etablissements. Der herausragenden Sozial- und Wohlfahrtspolitik we-

gen sprach man von einer „Sozialdemokratischen Musterkommune“ oder vom „Roten Wien an der Weißeritz“, während die „Stadt der Roten Wolke“ die immense industrielle Umweltverschmutzung des örtlichen Stahlerzeugers determinierte.

Die Gründung der aus ihrem Steinkohlenreichtum heraus wurzelnden Stadt bildete dabei nur den bürokratischen Schlusstrich unter einem längerfristigen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Vereinigungsprozess der Industriedörfer im Plauenschen Grund. Dessen räumliche Begrifflichkeit fasste all die Dörfer zusammen, welche sich im Weißeritztal und auf dessen Höhen zwischen (Dresden-) Plauen und Tharandt befanden und deren Großteil sukzessive seit 1921 zu Stadt- bzw. Ortsteilen der heutigen Großen Kreisstadt Freital wurden. Die Begrifflichkeit des Plauenschen Grundes reduzierte sich nachfolgend auf das Weißeritztal zwischen dem Dresdner Stadtteil Plauen und dem Freitaler Stadtteil Potschappel.

Die Idee einer aus den vereinigten Dörfern des Plauenschen Grundes gebildeten Stadt geht auf eine Initiative des Deubener Gemeinderates Ernst Robert Rudelt (1860–1946) zurück. Der Landtagsabgeordnete und tatkräftige Kommunalpolitiker, der langjährig die Geschicke der einwohnerreichsten Gemeinde des Plauenschen Grundes leitete, hatte unbestritten den größten Anteil an Freitals Stadtwerdung. Ehe Rudelt seine kommunalpolitischen Visionen für eine im Weißeritztal gelegene Stadt umsetzen und dieser als unbesoldeter Stadtrat dienen konnte, musste er jedoch noch ein Vierteljahrhundert lang kämpfen.

Ein bedeutender Grundstein auf dem Weg zu städtischer Vereinigung war die Gründung der übergemeindlichen Sparkasse im Plauenschen Grund. Ihr Vorgänger, der Landwirtschaftliche Verein zu Kesselsdorf, hatte für 75 Gemeinden der Region drei Lokalkassen ins Leben gerufen, von denen sich 1863 die Döhlener Lokalkasse als erste Sparkasse des heutigen Freitaler Stadtraums abspaltete. Die im Gasthof Döhlen befindlichen Sparkassen-Geschäftsräume verlegte man 1888 mit Einweihung des Deubener Rathauses in dessen Kassenräume, wo sie verblieben, bis die Sparkassenfiliale des neuerrichteten Stadthauses am Neumarkt 1928 eröffnet wurde. Als weitere überaus bedeutsame Meilensteine kommunaler Vereinigung gelten der auf eine Initiative Deubens zurückgehende übergemeindliche Hochwasserschutz, die gemeinsame Trink- und Brauchwasserversorgung sowie Elektroenergie-Erzeugung. Die Gemeinde Deuben hatte sich als Wegbereiter des 1892 gegründeten Vereins der Weißeritzwasser-Interessenten bereits seit 1890 seinerzeit noch als Außenseiter in Sachen Elektrizität um elektrische Straßenbeleuchtung und um elektrische Traktion für Straßenbahnverkehr bemüht. Als Finanziers des Vereins und seines Elektrizitätswerks traten die beteiligten Gemeinden des Plauenschen Grundes auf. Der wirtschaftliche Erfolg stellte sich anfänglich jedoch nicht wie erhofft ein, da zwischenzeitlich viele der avisierten industriellen Stromabnehmer eigene Kraftstromzentralen er-



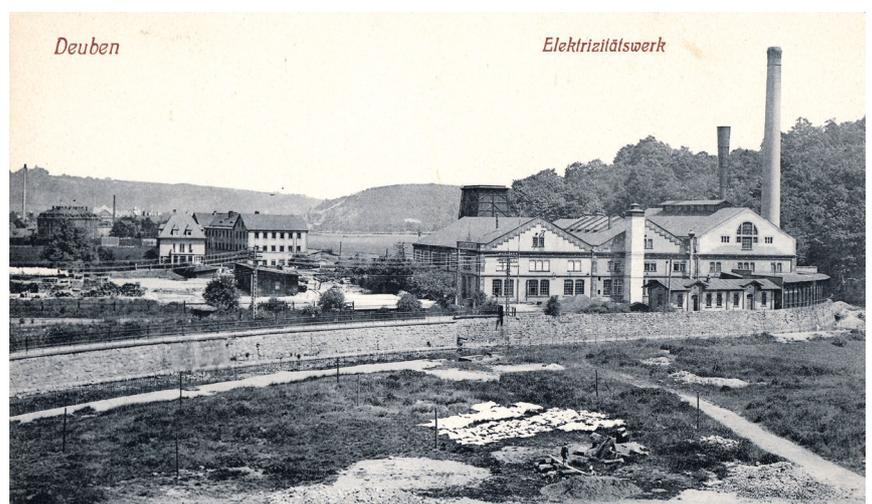
richtet hatten und die verheerende Weißeritzflut von 1897 den Kraftwerksbau zerstört hatte. Neben dem Elektrizitätswerk des Plauenschen Grundes (1896) als Voraussetzung elektrischen Straßenbahnverkehrs (ab 1902) gehörten vier Wasserkraftwerke sowie die Trinkwasser-Talsperren Malter (1913) und Klingenberg (1914) zum Verbund, welcher seit 1909 als Weißeritz-Talsperren-Genossenschaft firmierte.

Neben den infrastrukturellen Verbindungen bildeten die sich zunehmend enger verquickenden Wohnquartiere, in steter Erweiterung begriffene

Sehenswürdigkeiten von Potschappel, Spottpostkarte, nach 1900
Städtische Sammlungen Freital



Deuben, im Hintergrund der Windberg, Postkarte, um 1904
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



unten: Elektrizitätswerk in Deuben, um 1900
Städtische Sammlungen Freital

Schulgebäude und die zwischen 1870 und 1901 neuerrichteten Sakralgebäude ein dichter werdendes urbanes Konglomerat, welches nachgerade städtische Vereinigung einforderte. Eine zeitnahe Stadtwerdung wurde jedoch unter einem breitgefächerten Spektrum von Befürwortern und Gegnern kontrovers diskutiert. Das in vorstädtischer Zeit bis um etwa 1800 durch Bevölkerungszahl, Kirch- und Schulstandort als bedeutendster Ort im Weißeritztal geltende Döhlen zählte zu den Gegnern, war es doch aufgrund seiner umfänglichen Industrieanlagen und den damit verbundenen hohen Steuereinnahmen an Selbständigkeit interessiert. Potschappel als Gemeinde mit zahlreichen industriellen Geschäftssitzen und Wohnort bürgerlicher Kleinunternehmer, Beamter und Handwerksmeister lehnte die kommunale Vereinigung zur Stadt seinerzeit ebenfalls prinzipiell ab. Übergemeindliche links gerichtete Gruppierungen befürworteten dagegen den Vereinigungsgedanken und erhofften innerhalb städtischer Strukturen verbesserte soziale Absicherung. Dagegen standen bürgerlich orientierte Gruppierungen der Stadtgründung generell ablehnend gegenüber, da sie eine Entwertung ihres Besitzstands und höhere steuerliche Lasten befürchteten.

Dem ersten Stadtgründungsansinnen, welches 1895 in einem Deubener Verwaltungsbericht geäußert wurde, folgte keine Reaktion seitens anderer Gemeinderäte des Plauenschen Grundes. Eine wiederum von Deuben angeregte Initiative des Gewerbevereines forderte 1903, „Vorarbeiten zu unternehmen, um eine Vereinigung der Ortschaften des Plauenschen Grundes, insbesondere Deuben, Potschappel, Döhlen, Hainsberg, Niederhäslich und Weißig herbeizuführen unter gleichzeitiger Einführung der revidierten Städteordnung“. Vier der angesprochenen Gemeinden – Deuben, Döhlen, Niederhäslich und Potschappel – zeigten Interesse und kamen 1909 erstmals zu einer Besprechung zusammen, in deren Ergebnis eine Stadtgründung als unausweichlich bezeichnet wurde. Geplante Vorhaben der Gemeinden, wie Landankauf oder Gebietsaustausch ließ man einvernehmlich ruhen, um in die Vereinigungsverhandlungen keine Misstöne hineinzutragen. Potschappel koppelte sein Einverständnis zur Stadtgründung an Döhlen's Entscheidung. Eine zu diesem Thema einberufene Versammlung der Döhleiner Einwohner sprach sich einhellig für kommunale Vereinigung aus und führte damit den Entscheid herbei. Zwischenzeitliche Proteste der gemeindlich organisierten Grund- und Hausbesitzervereinigungen konnten nicht verhindern, dass Ende 1909 die Gemeinderäte erstmals gemeinsam auf höherer Regierungsebene bei der Dresdner Amtshauptmannschaft um Befürwortung einer Stadtgründung baten. Bereits im Januar 1911 folgte eine erste öffentliche Vereinigungsversammlung aller Beteiligten. Nur sehr langsam verschafften Fürsprachen und Gegenargumentationen unterschiedlichster privater wie behördlicher Interessengruppen der Vision von einer Stadt am Fuße des Windberges unter den Bewohnern und

Gemeinderäten des Plauenschen Grundes Aufmerksamkeit. Allein Deuben, zu dem seit 1900 bereits Schweinsdorf eingemeindet war, tat sich mit Entschlossenheit und einem ersten Schritt in Richtung kommunaler Einheit hervor und vereinigte sich mit dem bis 1914 selbständigen Niederhäslich. Das Industriedorf Deuben wurde damit zur bevölkerungsreichsten Gemeinde des Plauenschen Grundes. Über 14.000 größtenteils in Bergbau und Industrie beschäftigte Einwohner lebten fortan in der zweitgrößten Landgemeinde Sachsens.

Weitere kommunalpolitische Vorstöße, die auf eine Verschmelzung der Industriedörfer abzielten, unterblieben bis zum Weltkriegsende 1918. Als in dessen Folge die Novemberrevolution das deutsche Kaiserreich hinwegfegte und die Weimarer Republik entstand, war dies auch für die Herausbildung städtischer Strukturen im Plauenschen Grund ein wichtiger Meilenstein. Das seinerzeit eingeführte freie und geheime Wahlrecht ersetzte das ungleiche, auf Wahlmännern und Eigentumsbesitz fußende Dreiklassenwahlrecht und ermöglichte stattdessen den überwiegend proletarisch-industriell geprägten Bewohnern der drei Industriedörfer die Wahl mehrheitlich links orientierter Gemeindevertretungen, welche vehement den Stadtgedanken befürworteten. Der weitaus größte Bevölkerungsanteil im Weißeritztales waren Fabrik- und Bergarbeiter, deren Interessen nun auch entsprechend von den Gemeinderäten repräsentiert wurden. Das von Bürgerlichen oft verächtlich „Roter Plauenscher Grund“ genannte Tal war sich nunmehr über die Notwendigkeit der Stadtgründung einig. Die neugewählten Gemeinderäte riefen für März 1919 unter Vorsitz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) eine Vereinigungsversammlung ein. Alle den Plauenschen Grund umgebenden und in ihm befindlichen Gemeinden entsandten Teilnehmer, außer Wurgwitz, Saalhausen und Burgk. Sie lehnten zu jenem Zeitpunkt jegliche Vereinigungsbestrebungen ab. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) forderte energisch noch im laufenden Jahr die Stadtgründung. Deuben, Döhlen und Potschappel traten daraufhin in direkte Verhandlungen ein und bildeten eine paritätisch die drei Gemeinden vertretende Vereinigungskommission. Diese bildete zunächst einen Verfassungsausschuss, dann einen Finanzausschuss und abschließend einen Bauausschuss. Verwaltungsrechtlich sollte die Stadt auf einem Zweikammersystem fußen, bestehend aus Stadtrat und Stadtverordnetenkollegium.

Parallel zu den bürokratischen Vereinigungsvorbereitungen liefen seit 1919 Vorabsprachen zur Namensfindung sowie zum Wappenbild der neu zu gründenden Stadt. Die bedeutendste Tageszeitung des Plauenschen Grundes, der im Potschappeler Stollverlag erscheinende „Glückauf“, rief einen Stadtnamenwettbewerb aus. Dabei kamen Bezeichnungen voller politischer Hintergründigkeit wie Elendstadt, Liebknechtshausen oder Hungerstadt genauso zum Vorschlag wie ausgefallene Varianten

wie Dreidörfenstadt, Deudöpo und Kohlenfels. Bei der Stimmauszählung der 3.227 Einsendungen wurde der Name „Weißeitz“ mit 254 Stimmen zum Sieger gekürt, gefolgt von „Deuben“ (242 Stimmen), „Windberg“ (230 Stimmen) und „Grundstadt“ (174 Stimmen). Keiner der Preisträger setzte sich durch, insbesondere bei „Weißeitz“ bzw. „Windberg“ befürchtete man topografische Verwechslungen mit dem Stadtnamen. Die beteiligten Gemeinderäte nahmen 1920 den vom Döhlener Gemeinde- und späteren Stadtrat Hermann Henker unabhängig eingebrachten Vorschlag „Freital“ an. Der symbolträchtige Stadtname stieß bei den zuständigen Behörden auf Ablehnung. Die Gering-schätzung staatlicher Stellen, welche noch über lange Jahre negativ Freitals Außenwahrnehmung bestimmen sollte, traf nicht nur den Stadtgedanken an sich, sondern auch die absehbar sozialdemokratisch gelenkte Arbeiterstadt.

Das betraf auch die Gestaltung des Wappens. Der Entwurf erregte beim dafür zuständigen Heroldsamt des Sächsischen Hauptstaatsarchives Dresden heftigen Widerspruch. Geschaffen hatte ihn der in Deuben geborene und in Dresden ansässige Gebrauchsgrafiker Kurt Börnig. Das Wappen zeigte das mit Felsen bestandene Weißeitztal sowie eine Fabrikshouette, darüber Zahnrad, Schlägel und Eisen als Symbole des industriellen Ballungsraums sowie im Hintergrund als sozialdemokratisches Symbol der Zukunftshoffnung eine aufgehende Sonne. Das Heroldsamt lehnte diese Darstellung ab und schlug vor: „Das Sachgemäße wäre also, da die Gemeinden die Vergangenheit ausschalten und nur die neue Freiheit zum Ausdruck bringen wollen, [...] eine Stange mit einer Freiheitsmütze [...] als Symbol der revolutionären Freiheit [...] auch als Jakobinermütze bekannt [...] in die Mitte zwischen Bergmann und Eisenarbeiter“ zu stellen. Die Zerwürfnisse zwischen den vereinigungswilligen Gemeinden und den zuständigen staatlichen Stellen verzögerten das heraldische Genehmigungsverfahren derart, dass Freital offiziell erst zehn Monate nach Stadtgründung ab dem 3. August 1922 ein Stadtwappen führen konnte.

Die Vereinigungskommission konzentrierte ihre Arbeit nunmehr auf verwaltungstechnische Aspekte der zu gründenden Stadt. Es galt gemeinsam für die drei vereinigungswilligen Gemeinden ein Ortsgesetz sowie einen auf dem Einnahmevermögen der Einzelgemeinden fußenden Haushaltsplan zu entwerfen. Letzteres galt den Stadtgegnern wegen der zu erwartenden Steuermindereinnahmen stets als Gegenargument kommunaler Vereinigung. Nur ein Prozent der Steuerzahler – einige Großunternehmen und der gutbürgerliche Mittelstand im Plauenschen Grund – verfügten einer Statistik von 1908 folgend über ein hohes steuerpflichtiges Jahreseinkommen von über 5.800 Mark. Der ungleich größere proletarische Bevölkerungsanteil verfügte jedoch zu 55,5 Prozent nur über geringe jährliche Einnahmen zwischen 400 bis 950 Mark. Ein erster Haushaltsplanentwurf wies dementsprechend, dem geschätzten Finanzaufkommen von Deuben,

Potschappel und Döhlen folgend, einen Fehlbetrag von 300.000 Mark auf und erhielt daraufhin vom Ministerium des Innern keine Zustimmung. Die ablehnende Behördenmitteilung führte insbesondere das spärliche Steueraufkommen und die damit verbundene fehlende Kreditfähigkeit der zu gründenden Stadt an. Darüber hinaus verwies man auf die Kosten des kommunalen Beamtenapparats im Rahmen der revidierten Städteordnung, welcher zumindest teils durch Eigenmittel und nicht nur allein durch Geldzuweisungen des Reiches finanzierbar sein sollten. Das abschlägige behördliche Schreiben an die Vereinigungskommission trug das vorgesehene und nun nicht mehr haltbare Stadtgründungsdatum, den 1. April 1920.

Ehe die drei vereinigungswilligen Gemeinden alle neuauferlegten verwaltungsrechtlichen Hürden genommen hatten, vergingen nochmals 18 Monate. Ein positiver behördlicher Entscheid mit dem innenministeriellen Einverständnis ging dem Verfassungsausschuss der Vereinigungskommission letztlich erst am 21. Juli 1921 zu und machte den Weg frei für die praktischen Vorbereitungen des kommunalen Zusammenschlusses. Am 15. August 1921 trafen sich die drei Gemeinderäte zur letzten gemeinsamen Sitzung vor dem Zusammenschluss zum Gesamtstadtrat. Mit einem enormen Arbeitspensum galt es, vordringlich Wahlordnung, Wahlbezirke und Kandidatenlisten für die Stadtverordnetenwahl zu organisieren, welche auf den 25. September 1921 terminiert wurde. Zudem bereiteten sich die drei Einzelverwaltungen auf eine personell wie organisatorisch gemeinsame Verwaltungstätigkeit vor und strukturierten die drei Rathäuser für deren neuzugewiesene Funktionen. Die für den 25. September anberaumte Wahl zur Stadtverordnetenversammlung erfolgte mit einer erwartungsgemäß hohen Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent und zeigte nach Stimmauszählung eine deutliche Mehrheit für die drei Arbeiterparteien. Mit 9.628 von 13.324 möglichen Stimmen erhielten die SPD, die USPD sowie die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eine klare Mehrheit. Von den 36 Sitzen des Freitaler Stadtparlaments fielen elf an die SPD, zehn an die USPD, fünf an die KPD und zehn an verschiedene Bürgervereinigungen. Stellvertretend für die Gedanken aller Verantwortlichen, wenige Tage vor Stadtgrün-



Stadtwappen Freitals, entworfen 1921 von Kurt Börnig, eingeführt im August 1922
Städtische Sammlungen Freital

3 Wählerversammlungen!

Donnerstag, 22. Sept. abends 7 Uhr Deutsches Haus
Freitag, 23. Sept. abends 7 Uhr Döhlener Hof
Sonnabend, 24. Sept. 7 Uhr Bergkeller Niederpesterwitz

Freital

und die Stadtverordnetenwahlen
Refr.: Landtagsabgd. R. Renner-Dresden
Lehrer Schneller-Schwarzenberg
Lehrer Schrapel-Dresden

Wähler und Wählerinnen!
Erscheint in Massen! K.P.D.

Aufruf der KPD zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 1921
Städtische Sammlungen Freital

Freital.

Nun heißt du Freital, altvertrautes Deuben,
Kein Ort bist du, kein Dorf, nein — eine Stadt;
Und wenn wir nun „Freitaler Zeitung“ schreiben,
Dies einen neuen, schönen Wohlfahrt hat.

Im freien Tale liegen eingebettet
In Bergeshänge deiner Häuser Reih'n,
Eng an den grünen Windberg angelehnt,
Und vier Gemeinden schließt Du fest ein.

Ich steh im Geiste auf des Berges Höhe
Und schau hinab ins tiefe, freie Tal,
Was ich dort ausgebreitet liegen sehe,
Nacht froh mich an im goldenen Sonnenstrahl.

So leb denn wohl, du nun vergang'nes Deuben,
Und auch die „Deubener Zeitung“ ging vorbei —
Begrüßt sei Freital! Und so laßt uns schreiben:
„Freitaler Zeitung“ — alt und wieder neu!

Liegt auch dein Werden noch im Mutterchoße;
Des Leibes Frucht heißt „Arbeit“ allezeit,
Sie ringt zum Lichte sich, wie alles Große,
Damit sie dich entfesselt und befreit.

So wirst du Freital sein und Freital bleiben,
Vereint durch deiner Arbeit Werdegang,
Kein Zwiespalt soll dich von einander treiben,
Denn stark wirst du durch den Zusammenhang.

So wollen wir einand' die Hände reichen,
Zu wirken treu am Webstuhl der Zeit.
Es soll niemand von seinem Posten weichen,
Der Arbeit seien Herz und Hand geweiht.

Anna Weißer-Charandt.

Gedicht von Anna Weißer zur Stadtgründung Freitals in der in Deuben erscheinenden „Freitaler Zeitung“, 1. Oktober 1921
Städtische Sammlungen Freital

1 Vgl. Biografie auf S. 284-285.

Einladung zur Stadtgründungsfeier des Deutschen Beamtenbundes am 8. Oktober 1921
Städtische Sammlungen Freital

ding, mögen die Worte des Potschappler Gemeindevorstandes Baumann stehen: „Vom 1. Oktober 1921 ab gilt der Gemeinderat als aufgelöst, da Potschappel von da an einen Bestandteil der Stadt Freital bildet. So wollen wir denn Abschied nehmen mit dem aufrichtigen Wunsche, dass die neue Stadt Freital, in der unsere Gemeinde aufgeht, wachsen, blühen und gedeihen möge zum Segen für die Stadt und zum Heile ihre Bewohner.“

Am Samstag, dem 1. Oktober 1921, fanden sich unter großem Publikumsinteresse Freitals neugewählte Stadtverordnete zu einer feierlichen Versammlung im Ratssaal des Döhlener Rathauses zusammen. Die bisher gemeindegebundenen, nun zum „Sportclub Freital“ zusammengeführten Turn- und Sportvereine boten am nachfolgenden Sonntagmorgen großartige Wettkämpfe. Im Potschappler Gasthaus „Bürgercasino“ war der eigens komponierte Marsch „Gruß aus

Freital“ vom Kapellmeister Robert Bellmann uraufgeführt worden. Darüber hinausgehende andere Kompositionen von freudig die Stadt begrüßenden Laienmusikern kursierten in privaten Kreisen. Die Glocken der nunmehrigen Stadtkirchen, welche im Zuge der kommunalen Vereinigung ihre Bezeichnung auf Christuskirche Freital-Deuben, Lutherkirche Freital-Döhlen und Emmauskirche Freital-Potschappel erweitert hatten, begrüßten in den sonntäglichen Mittagsstunden gemeinsam und mit langanhaltendem, fröhlichem Geläute die junge Stadt. Als Hauptstelle der Freitaler Stadtverwaltung wurde das Döhlener Rathaus ausgewählt, darüber hinaus wurden außer dem Deubener und Potschappler Rathaus noch zwei weitere Verwaltungsstellen in Döhlen (Steuerhaus) und in Potschappel (Gesundheitsamt) gebildet. Das neue Gemeinwesen stützte sich bis 1924 auf das Ortsgesetz der Gemeinden Deuben, Döhlen und Potschappel sowie auf ein Ortsgrundgesetz. Die Stadt im Plauenschen Grund, die allen behördlichen Anfeindungen trotzend ihren gewünschten Namensvorschlag „Freital“ gegenüber dem sächsischen Innenministerium hatte durchsetzen können, stieß mit Einreichung der Stadtwappenentwürfe nochmals monatlang auf verwaltungsrechtlichen Widerspruch und durfte erst ab August 1922 offiziell Wappen und Dienstsiegel führen. Als Freitaler Bürgermeister wählte man am 16. März 1922 Dr. Carl Wedderkopf (1885–1961)¹, welcher am 1. Mai 1922 in sein Amt eingeführt wurde. Er gliederte die kommunale Verwaltung ohne Mehrung des Beamtenapparates und den Erfordernissen der jungen Stadt entsprechend neu. Zugleich führte er die städtische Finanzverwaltung unter äußerster Sparsamkeit, hatte jedoch mit den seinerzeit allgegenwärtigen inflationsbedingten Finanzschwierigkeiten zu kämpfen. Während die Inflation im Oktober 1923 ihren Höhepunkt erreichte und sich nachfolgend die Währung mit der Umstellung von 1 Billion Mark auf eine

Einladung.

Zu unserer

Stadtgründungs-Feier

bestehend in Festrede (Herr Pfarrer Eckelmann über: Freital, Bilder aus der Vergangenheit bis zur Gegenwart), Gesänge des Lehrergesangsvereins, Musikvorträge des verstärkten Beamtenorchesters sowie Tanzvergnügen laden wir für

Sonnabend, den 8. Oktober 1921 abends pünktl. 7 Uhr
alle unsere geehrten Mitglieder nebst Angehörige in den

Gasthof „Döhlener Hof“

höflichst ein. Eintritts- und Tanzgeld wird nicht erhoben.

Mitgliedsausweis durch Vorlegung der letzten Steuerquittung erbeten.

Mit herzlichen Bundesgruß!

Ortsgruppe Plauenscher Grund
des Deutschen Beamtenbundes.
Der Vorstand.



links: Entwürfe für das Freitaler Stadtsiegel, 1922
Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10707, Nr. 5616



Verfassung der Industriestadt Freital, 1924
Städtische Sammlungen Freital

chenausdehnung zu gelangen. Die von Bürgermeister Dr. Wedderkopf geführten Verhandlungen wurden bald von Erfolg gekrönt, indem ab 1922 Zauckerode, ab 1923 Birkigt und ab 1924 Burgk der Stadt angehörten. Nachdem mit diesen Eingemeindungen das seinerzeit angestrebte Stadtbild vollendet war, trat zum 1. April 1924 die „Verfassung der Industriestadt Freital“ in Kraft und löste die gesetzlichen Regelungen aus der Vereinigungsperiode ab. Die Zunahme von Steueraufkommen, Stadtflächen und Bevölkerung ermöglichte zugleich das Ausscheiden aus dem Bezirksverband und dadurch umfänglichere Finanzautonomie. Dr. Wedderkopf stand seiner Stadt nunmehr als Oberbürgermeister vor und konnte damit gemeinsam mit Stadtverwaltung und Stadtverordneten zahlreiche städtische Belange unabhängiger regeln. Mit dem nun vorerst abgerundeten Stadtbild gehörte der Windberg als markantes Wahrzeichen und weithin sichtbare Landmarke des Plauenschen Grundes fortan zum Stadtgebiet. Auf den Gebieten Gesundheitswesen, Wohlfahrt und Fürsorge zeigte sich am deutlichsten die Umsetzung der sozialdemokratischen Visionen von Freitals Gründungsvätern, deren fortschrittliche Kommunalpolitik sich vorrangig am Arbeiterwohl orientierte. Dieses Segment der Freitaler Kommunalpolitik wurde entscheidend durch Gustav Klimpel (1891–1956)² und Dr. Friedrich Wolf (1895–1955)³ geprägt. Klimpel war seit 1923 als Dezernent für Wohlfahrtsangelegenheiten sowie seit April 1925 als Bürgermeister tätig. Als seinerzeit jüngster Stadtmedizinalrat Sachsens bestimmte seit 1923 Dr. Wolf, Sohn des international bekannten Naturarztes und Vorsitzenden des Vereines „Volksgesundheit“ Hermann Wolf (1861–1939), die herausragende Gesundheitspolitik Freitals. Seit 1927 auch Dezernent für Wohlfahrtswesen, bekleidete Klimpel wegen häufiger krankheitsbedingter Abwesenheiten Wedderkopfs zeitweise amtierend den Posten des Oberbürgermeisters. Nach Wedderkopfs Ausscheiden wählte man Klimpel 1927 zum neuen Oberbürgermeister und baute auf dessen bewährte Verwaltungserfahrung. Das außergewöhnliche Engagement von Wedderkopf, Klimpel und Wolf schuf mit ambitionierter sozialdemokratischer Gesundheits-

2 Vgl. Biografie auf S. 287.
3 Vgl. Biografie auf S. 283.

Rentenmark wieder stabilisierte, gelang es dem Freitaler Bürgermeister, die Hauptwerte der Stadt zu erhalten, um nach Konsolidierung des Marktes mit günstigen Vermögens- und Geldverhältnissen weiterwirtschaften zu können. In der Folgezeit betrieb Dr. Wedderkopf mit finanzwirtschaftlichem Geschick zielstrebig die Umsetzung der sozialdemokratischen Visionen von einer Freitaler Musterkommune mit herausragender Gesundheitspolitik, sozialem Wohnungsbau sowie ehrgeizigen architektonischen Stadtplanungen.

Nunmehr betrieb man systematisch die Vergrößerung der Stadtflur, um durch Eingemeindungen umliegender Dörfer zu größerer Steuerkraft und Flä-



Städtische Wohlfahrtsküche in Freital, 1924
Städtische Sammlungen Freital

Heimkinder im städtischen
Erholungsheim in Klingenberg,
1928
Städtische Sammlungen Freital



Wohlfahrts- und Stadtbaupolitik die Grundlagen des außergewöhnlichen Rufs der Stadt am Fuße des Windberges. Zukunftsweisende Stadtzentrumsplanung, am Arbeiterwohl orientierter Siedlungsbau und eine exzellente kommunale Sozialpolitik bestimmten maßgeblich das weit über Sachsens Grenzen hinaus wirkende Renommee als vielbeachtete Musterkommune. Zugleich brachte dies – in Anlehnung an die unter absoluter sozialdemokratischer Landtags- und Gemeinderatsmehrheit im österreichischen Wien zwischen 1919 und 1934 betriebene Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik – der Stadt den Beinamen „Rotes Wien an der Weißeritz“ ein. Den Ausbau des kommunalen Wohlfahrts- und Gesundheitswesens betrieb man, vorrangig zugunsten

der Interessen proletarischer Bevölkerungskreise, mit größter Aufmerksamkeit. Ein dichtes Netz von Stadtärzten und -schwestern, Hebammen, Wohlfahrtshelfern und Fürsorgern wurde geschaffen, wie auch Einrichtungen der Schulzahnpflege, der Schwangeren-, Mütter- und Waisenbetreuung oder Totenbestattung. Weitere Meilensteine waren der Umbau des kleinen Deubener Krankenhauses zu einem Stadtkrankenhaus sowie die Schaffung eines städtischen Gesundheitsamtes zur Absicherung des medizinischen Meldewesens und zur Koordinierung aller kommunalen Gesundheitsaufgaben. Eine stadt eigene Poliklinik ermöglichte auch geringverdienenden Bevölkerungskreisen kostenfreie ärztliche Behandlung. Das städtische Säuglingsheim, be-



Glückaufbad in Freital-Zauckerode
(heute ZACKE), 1930
Städtische Sammlungen Freital

reits 1908 von der Gemeinde Potschappel zur Aufnahme unehelich geborener Kinder von Arbeiterinnen gegründet, übernahm die Pflege erkrankter Säuglinge sowie die Aufnahme und Erziehung gesunder Kleinkinder. Auch die traditionsreichen Deubener Wohlfahrtseinrichtungen Eger- und Krönertstift übernahm die Stadt Freital später in ihre Obhut. Die Eröffnung einer Stadtwäscherei erleichterte den häufig bis zu 14 Stunden arbeitenden Frauen zumindest teilweise die seinerzeit ungeheurer kraft- und zeitaufwändige Wascharbeit. Der präventiven Gesundheitsfürsorge dienten die städtischen Erholungsheime im Gimmlitztal bei Rehefeld und an der Klingenberg Talsperre. Darüber hinaus legte die junge Stadt ihr gesundheitlich präventives Augenmerk auch auf die Förderung von Sportstätten. Insgesamt wies das seinerzeit kleinere Freitaler Stadtterritorium 1924 für seine zehn Turn- und Sportvereine eine Fläche von 110.000 Quadratmetern aus. Deuben, Döhlen, Zauckerode, Potschappel, Birkigt, Burgk und Niederhäslich verfügten über Turnplätze. Turnhallen existierten in Döhlen, Deuben, Potschappel und Zauckerode, zudem gab es Sportplätze in Niederhäslich, Potschappel, Döhlen und Deuben. Zu den bedeutendsten Neubauten sportlichen Charakters in Freital zählten der Turn- und Sportpark in Potschappel (1924), die Jahn-Kampfbahn in Döhlen (1928) sowie der Sportpark am Windberg in Burgk (1928), welche teils modernsten Wettkampfanforderungen entsprachen. Ein ehemals bergbaulich genutztes Staugewässer in Zauckerode baute man zum öffentlichen Freibad und das Deubener Augustabad zum städtischen Hallenbad um.

Auch dem Sozialwohnungsbau und Siedlungswesen galt auf Stadtflur höchste Dringlichkeit. Die schwierige Lage auf dem Freitaler Wohnungsmarkt war gekennzeichnet durch Überbelegung und Geringwertigkeit des Wohnungsbestands sowie durch die darin begründeten äußerst geringen städtischen Mieteinnahmen, welche kaum Investitionen zuließen. Die massive Wohnungsnot und die schlechten Wohnverhältnisse waren ein Grund für den Negativrekord unehelicher Geburten im Stadtgebiet. So wurden z. B. 1927 26,3 Prozent aller Kinder unehelich geboren. Zwischen 1925 und 1929 errichtete man über 600 Wohnungen neu, deckte damit jedoch nicht im Geringsten den Bedarf. Im Jahre 1928 weihte man die unter Anwendung einer Anleihe von zwei Millionen Reichsmark errichtete und als „Siedlung im Grünen“ apostrophierte Raschelberg-Siedlung mit 32 Häusern und über 200 Wohnungen ein. Das von angesehenen Landsiedlungsarchitekten projektierte und von renommierten Gartenbauarchitekten zeitgemäß geplante Freitaler Modellprojekt wurde teils mit Mehrfamilienhäusern für Mieter aus dem eher proletarischen Milieu und teils mit komfortablen Siedlungshäusern zum Erwerb für wohlhabende, gesellschaftlich renommierte Berufsgruppen wie Unternehmer, Architekten, Mediziner, Beamte oder Handwerksmeister konzipiert. Die junge Stadt profitierte bei der Finanzierung ihrer



Raschelberg-Siedlung, während der Bauzeit, 1928
Städtische Sammlungen Freital

Baumaßnahmen auch vom 1924 aufgelegten Dawes-Plan, der von US-amerikanischer Seite zur kreditbasierten Förderung der durch Weltkriegs-Reparationsleistungen geschwächten deutschen Wirtschaft angeregt worden war.

Die außergewöhnlich positive Sozialpolitik brachte Freital 1927 internationale Anerkennung durch eine Ärztekommision des Völkerbundes, dem Vorläufer der Vereinten Nationen (UNO). Diese Kommission von Medizinern zahlreicher Nationen unternahm eine sechswöchige Studienreise durch das seit 1926 zum Völkerbund gehörende Deutschland und besuchte vom 17. bis 22. Oktober 1927 auch den Freistaat Sachsen. Die Stadt am Fuße des Windbergs war wegen ihrer hervorragenden Umsetzung der Gesundheits- und Wohlfahrtsgesetzgebung in das Programm aufgenommen worden und empfing in Person des Oberbürgermeisters die hohen Gäste. In seiner Rede, der sich Besuche städtischer Einrichtungen anschlossen, wies Gustav Klimpel auf die dringende Notwendigkeit der Freitaler Wohlfahrt hin, da die Bewohner der Stadt auf eher unterdurchschnittlichem Lebenshaltungsniveau stünden. Darüber hinaus wies er für das Rechnungsjahr 1926/27 Wohlfahrtsausgaben in Höhe von 75,03 Prozent nach, die bei einem Steueraufkommen von 1.333.016 Reichsmark Wohlfahrtszuschüsse von 1.000.600 Reichsmark erforderten. Die unverhältnismäßig hohen Sozialausgaben setzten sich zur Hälfte aus Kosten wie Rente, Fürsorge, Totenbestattung oder Notstandsleistungen und zu je einem weiteren Viertel aus Erwerbslosen-Unterstützung bzw. aus Personal- und Sachkosten für Kliniken, Bäder oder Kinderheime zusammen. Im Ergebnis der internationalen Anerkennung des Völkerbund-Besuchs sowie der fachlichen Wertschätzung erhob man Freital zum selbständigen Medizinalbezirk, eine Ehre, die seinerzeit keiner anderen mittelgroßen Stadt in Sachsen zuteilwurde.

Die selbst während und nach der Inflationszeit stabile Vermögenslage der Stadt Freital hatte sich ab 1926, anfangs nur schleichend, durch sinkende Steuereinnahmen und steigenden Wohlfahrtsetat verschlechtert. Aufgrund der gedämpften Wirtschaftslage, die sich ab 1929 mit einsetzender Weltwirtschaftskrise verschärfte, grassierte auch in Freital stetig zunehmend die Arbeitslosigkeit. Zählte Freital 1928 noch 14.280 Erwerbstätige, so waren es nach einem katastrophalen Abwärtstrend 1933 nur noch 6.490 Erwerbstätige, womit etwa

Hinweis zur Quellenlage

Unterschiedlichste Forschungsansätze boten im Verlaufe des 100-jährigen Bestehens von Freital für verschiedenste Institutionen und Personen bis in die Gegenwart Anregung, quellenkundliche Recherchen zur Entstehung der Stadt am Fuße des Windbergs anzustellen. Bei der Durchsicht einschlägiger Bestände des Dresdner Hauptstaatsarchivs konnten jedoch stets nur vereinzelte Dokumente zur Freitaler Stadtgründung ausgehoben werden (z. B. Bestand 10707 Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Nr. 5617). Nach Rücksprache mit dem Hauptstaatsarchiv Dresden ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass die im Zusammenhang mit Freitals Stadtgründung vom zuständigen sächsischen Ministerium des Innern angefertigten Unterlagen als Kriegsverlust anzusehen sind.

Ebenso befinden sich nach derzeitigem Wissensstand im Freitaler Stadtarchiv keine Originalquellen, die den verwaltungsrechtlichen Vorgang einer Stadtgründung belegen könnten. Die Gründe für das Nichtvorhandensein entsprechender Unterlagen im Freitaler Stadtarchiv können nur in den Beeinträchtigungen durch zwei Hochwasserereignisse sowie durch mehrfache Umzüge unter ständig wechselnden behördlichen Zugehörigkeiten vermutet werden.

Verwendet wurden Archiv und Bibliothek der Städtische Sammlungen Freital einschließlich der dort aufbewahrten Zeitungen „Anzeiger für Deuben, Hainsberg, [...]“, ab Oktober 1921 „Freitaler Zeitung“ sowie „Anzeiger für den Plauenschken Grund und Umgebung GLÜCKAUF“, ab Oktober 1921 „Freitaler Tageblatt GLÜCKAUF“.

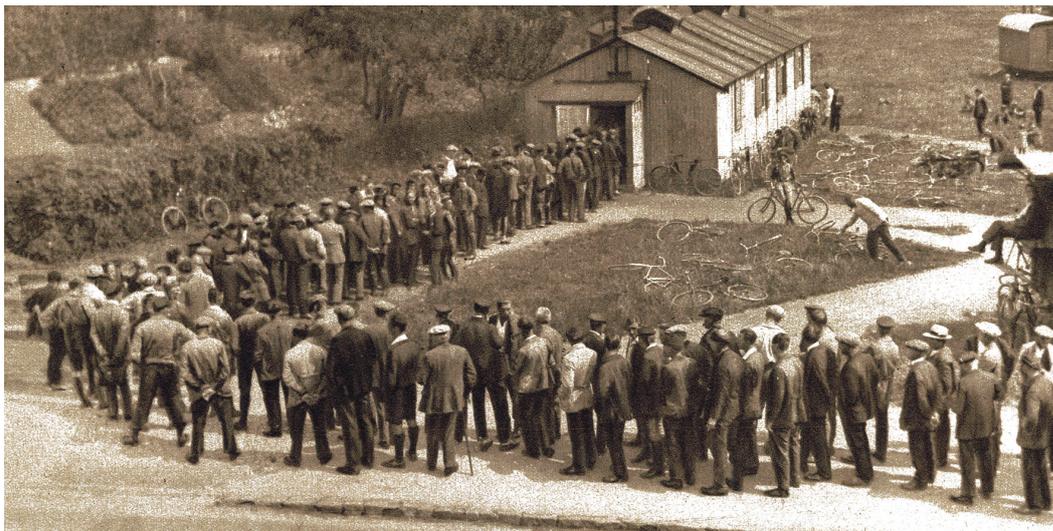
Arbeitslose auf dem Steigerplatz in Freital-Potschappel, Aufnahme der Freitaler Sektion der Arbeiterfotografen, veröffentlicht in der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ Nr. 35, 1930

Literatur

Friedrich August Leßke: Beiträge zur Geschichte und Beschreibung des Plauenschen Grundes bei Dresden. Bd. 3, Niedergorbitz 1903; Carl Wedderkopf (Hrsg.): Deutschlands Städtebau – Freital, Berlin 1924; Franz Baumgarten: Die junge Stadt – Freital, unvollständig erhaltene Publikation der Stadtverwaltung Freital, um 1938; Hellmuth Heinz: Tal der Unrast, Dresden 1950; Franz Walter: Das „Rote Wien Sachsens“, in: Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora: Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 39-181; Juliane Puls: Freital – auf dem Weg zur Stadt, Erfurt 2000; Sächsische Landesstelle für Museumswesen (Hrsg.): Städtische Sammlungen Freital, München/Berlin 2003; Peter Boenke: Gas- und Stromversorgung in Freital 1823 bis 2003 – ein Abriss zur Geschichte, Freital 2003; Juliane Puls: Freital – gegründet auf Kohle und Stahl, Erfurt 2004; Juliane Puls: Lebensbahnen. Historische Streifzüge durch die frühen Jahrhunderte der Freitaler Region, Freital 2006; Wolfgang Reichel/Manfred Schauer: Das Döhlener Becken bei Dresden. Geologie und Bergbau (Bergbau in Sachsen, Bd. 12), Dresden/Freiburg 2007; Freital – eine Industriestadt im Wandel (Dresdner Hefte 125), Dresden 2016, darin u. a. Juliane Puls: Freital – gegründet auf Kohle und Stahl. Eine kleine Geschichte der Stadt, S. 4-12.

Autorin

Juliane Puls
Städtische Sammlungen Freital
Altburgk 61
01705 Freital
Juliane.Puls@freital.de



jeder dritte erwerbsfähige Freitaler als arbeitslos galt. Die städtische Arbeitslosenstatistik fiel damit um zehn Prozent höher aus als der Reichsdurchschnitt. Die großzügigen Freitaler Wohlfahrtssätze, welche jährlich um bis zu 200 Reichsmark die des Reichsdurchschnittes überschritten, musste Freital daraufhin auf Durchschnittswerte senken. Die steigenden Erwerbslosen- und Fürsorgeleistungen sowie die Kreditlasten des Sozialwohnungs- und Siedlungsprogrammes belasteten zunehmend die städtischen Finanzen und brachten das Freitaler Wohlfahrtssystem nahezu zum Kollaps. Zusätzlich beeinträchtigte eine beträchtliche Finanzspritze für das wirtschaftlich angeschlagene Gusstahlwerk Döhlen den städtischen Haushalt. Das Unternehmen, welches seinen Unwillen gegenüber der sozialdemokratischen Stadtpolitik durch Verlagerung des Firmensitzes ins benachbarte Dresden sowie durch den damit für Freital verbundenen Steuerentzug manifestierte, war 1930/31 durch den Ankauf von Aktien und enormer Steuernachlässe seitens des Landes Sachsen vor dem Ruin gerettet worden. Dieser landespolitische Schritt zog unter Androhung der Werksstilllegung für die ohnehin hochverschuldete Stadt Freital die Verpflichtung zur Zahlung von einer Million Reichsmark nach sich.

Bereits seit Stadtgründung existierten sowohl in Freital als auch seitens der benachbarten Großstadt Dresden Überlegungen für kommunale Zusammenarbeit, die ab 1930 in inoffizielle Vereinigungsvorgespräche zwischen den zuständigen Oberbürgermeistern Bernhard Blüher (1864–1938) und Gustav Klimpel mündeten. Mit infrastrukturellen Verflechtungen, wie stadtgrenzüberschreitendem Straßenbahnverkehr oder gemeinschaftlicher Elektroenergieversorgung, ergaben sich dafür bereits Grundlagen, wechselseitige Abmachungen für Abwasserreinigung oder Schlachthöfe blieben dagegen seinerzeit zumeist noch ohne Umsetzung. Dresden war vor allem, neben einer Zunahme an Flächenausdehnung und Bevölkerungszahl, vorrangig an der Weißeritz-Talsperren-Genossenschaft interessiert, um die Trinkwasserversorgung im südlichen

Teil der ständig wachsenden Stadt garantieren zu können. Freitals Vereinigungsstreben richtete sich dagegen auf mehr finanziellen Spielraum für soziale Zwecke und stadtplanerische Vorhaben. Die bilateralen Gespräche zwischen dem seit zehn Jahren bestehenden Freital und der Landeshauptstadt Dresden, vertreten durch das neugewählte Stadtoberhaupt Wilhelm Külz (1875–1948), erklärte man schließlich 1931 als gescheitert, und die seinerzeit neungrößte und zugleich steuerschwächste Stadt Sachsens blieb selbständig.

Zu Beginn der 1930er Jahre reagierten auch in Freital Kommunalpolitiker, Unternehmer und Einwohnerschaft auf die gesellschaftlich unsicheren Zeiten mit finanzieller Zurückhaltung und allgemeiner Sparsamkeit. Industrielle und kommunale Projekte wurden verschoben, Trauungen sowie Geburten gingen zurück. Die weit über dem deutschen Durchschnitt liegende Erwerbslosenquote bedingte eine gesellschaftlich ultralinke Radikalisierung, was sich bei den Freitaler Kommunalwahlen des Jahres 1932 äußerte, als die KPD nahezu ein Drittel der Stimmen erzielte, während der Stimmenanteil der SPD stark abgenommen hatte. Auch bei den sächsischen Landtagswahlen im Juli 1932 legten die Freitaler, entgegen den eher rechts gerichteten Tendenzen anderer industrieller Ballungszentren Sachsens, ein stark links orientiertes Stimmverhalten vor. Während der Stimmenanteil der SPD in Deutschland durchschnittlich bei 18,3 Prozent lag, erhielt sie im „Roten Wien an der Weißeritz“ nochmals 40,2 Prozent. Bei den letzten freien Reichstagswahlen vom 5. März 1933, fünf Wochen nach Machtübernahme der Nationalsozialisten, gaben immerhin 25,9 Prozent der Freitaler den Nationalsozialisten die Stimme. Der aus Deuben gebürtige Reichstagsabgeordnete Johannes Schirmer (1877–1950), der dem letzten demokratisch gewählten Reichstag angehörte, stimmte mit 93 anderen Sozialdemokraten, wenn auch erfolglos, am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz, welches als Grundlage totalitärer Machtausübung der Regierung erlaubte, ohne Reichstagszustimmung Gesetze zu erlassen und Verträge abzuschließen.